Zur Entstehung und historischen Bedeutung der Bürgerbewegung des Herbstes 1989

Von Jens Reich, Berlin

Die Monate vom September 1989 bis zum September 1990 sind für eine unübersehbare Schar von Menschen in der DDR eine aufregende, anstrengende, chaotische, aber in der Erinnerung dann eben wunderbare Zeit gewesen. Damals ist in ungezählten Ortschaften des Landes, in kleinen Dörfern ebenso wie in mittleren und in großen Städten eine politische Bürgerbewegung entstanden. So etwas hat es in deutschen Landen weder vorher noch nachher gegeben.

Für alle, die damals als Aktivisten oder auch als sympathisierende Unterstützer mitgewirkt haben, hat diese Zeit ein nie gekanntes Lebensgefühl selbst gewonnener Freiheit und Kreativität gebracht. Viele Menschen sind aufgebrochen aus ihrer lange eingeübten mürrischen Verdrossenheit in der oft beschriebenen, angeblich gemütlichen Nische, in der man zwar sein privates Leben eingerichtet hatte und verteidigte, nicht aber an der Gestaltung des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens teil hatte, sondern von der Obrigkeit bevormundet und gegängelt wurde. Man erlebte, dass es spannend sein und Spaß machen konnte, mit anderen, zuvor völlig unbekannten Menschen zusammen zu kommen, sich über die Lage in der Kommune, im Lande auszutauschen, Proteste zu formulieren, gesellschaftliche, kulturelle, künstlerische und pädagogische Reformvorschläge für einen Neuanfang zu erarbeiten, in einem Zusammenschluss, der weit über den Kollegen-, Bekannten-, Freundes- und Familienkreis hinausreichte, der bisher die Lebenswelt eingrenzte. Es gibt viele Menschen, die dieses letzte Jahr der DDR als eine Zeit der Ungebundenheit und kreativen Energie in Erinnerung halten in einer Hochstimmung, wie sie weder vorher noch nachher erlebt wurde, eine Zeit, während der man auch als normaler Bürger sich politisch einbringen konnte und ernst genommen wurde.

Die breite Bürgerbewegung konnte nur entstehen durch eine Selbstbefreiung aus einer resignierten Selbstbeschränkung und Zurückgezogenheit. Wir mussten die Scheu vor der Teilnahme in größeren Gruppen und vor allem die Angst vor Schikanen der Machthaber ablegen. Wir konnten dabei erfahren, wie sehr das Zusammenwirken mit Gleichgesinnten in der öffentlichen Sphäre zur eigenen Urteilsfähigkeit und dem Selbstbewusstsein beiträgt, ein Bürger zu sein, der sich um dringende Belange der eigenen Lebenswelt kümmert und für Veränderungen einer verknöcherten bürokratischen Struktur wirkt.

Es gab selbstverständlich Vorläufer der Bürgerbewegung. Es gab Gruppen, die bereits vorher in die politische Teilnahme aufgebrochen waren. Es gab die politischen Kreise im Rahmen der synodalen Bewegung der evangelischen Kirche, und es gab darüber hinaus politische Zusammenschlüsse, die die immer unerträglicher werdende Stagnation in der DDR analysierten und notwendige Reformen ausarbeiteten und in die Öffentlichkeit zu bringen versuchten. Es waren stets kleine Gruppen. Sie erreichten nicht die allgemeine Bevölkerung, die „Masse“, wie es im marxistischen Jargon hieß. Deshalb konnten solche Initiativen von den Behörden eingekreist und scharf isoliert werden. Sie waren von Informanten unterwandert, deren Anwesenheit man vermutete und in einigen Fällen auch nachweisen konnte. Dies erzeugte aber auch eine Atmosphäre der Vorsicht und des Misstrauens. Oppositionell Engagierte mussten absurde Bedrückungen und Schikanen, Verhaftungen, körperliche und seelische Misshandlungen, Verurteilungen und Ausweisungen aus dem Land aushalten, und ihre seelische Energie galt vor allem dem Training der Widerstandskraft und des Durchhaltewillens. Um eine Befreiung zu einer glücklichen Zeit der spontanen politischen Kreativität konnte es da noch nicht gehen – dazu war der Druck zu groß, dem es zu

widerstehen galt. Vielen Aktivisten wurde eine ordentliche Berufsausbildung oder ein Studium verwehrt, sie lebten als „outcasts“ von untergeordneten Tätigkeiten und oft in armseligen Verhältnissen. Man musste vieles opfern und die gewonnene innere Freiheit mit äußerer Bevormundung und Fremdbestimmung.

Auch die „Ausreiser“ leisteten politischen Widerstand. Sie forderten ein Grundrecht ein, das der Freizügigkeit, und nahmen dafür in vielen Fällen Berufsverbot, Schikane und Ausgrenzung in Kauf, sogar Verhaftung und Verurteilung, wenn sie nicht geduldig auf die „Entlassung“ warteten, sondern ihr Vorhaben mit energischen Maßnahmen vorantrieben.

Aber auch aus diesen Aktivitäten, so legitim sie waren, konnte keine kreative politische Bürgerbewegung entstehen, weil sie für individuelle Rechte kämpften und sich aus dem Lande, dessen Zustände sie für hoffnungslos hielten, für lange, wenn nicht für immer verabschieden wollten. Wo sich die Ausreisewilligen zu öffentlichem Protest zusammenschlossen, wie es bei den frühen Demonstrationen auf dem Leipziger Ring gelang, wurden sie besonders brutal auseinandergejagt und durch unterschiedliche Behandlung durch die Behörden entsolidarisiert. Auch mit den Bürgern, die sich in einigen Kirchen zu Andacht, Gebet und politischem Protest versammelten, konnte es nicht zur uneingeschränkten Solidarisierung kommen, da die einen im Lande bleiben und die anderen hinaus wollten, und so Spannungen unvermeidbar waren, die von den geheimen Informanten nach Kräften gefördert wurden.

Die Initiatoren und die ersten Aktivisten des „Neuen Forum“ konnten nicht ahnen, dass sie den Funken entzündeten, der zu einem Aufstand der Bevölkerung der DDR führen und schließlich alle Regionen des Landes erfassen sollte. Unzufriedenheit und Verdrossenheit waren zwar weit verbreitet, und die Herrschenden agierten mit einer Sturheit, die sie sogar mit den Herren in Moskau in Konflikt brachten. Die Besetzung der bundesdeutschen Botschaften in Berlin und in den angrenzenden Ländern des Ostblocks durch Ausreise Fordernde wurden in der ganzen Welt gezeigt und kommentiert und erzeugten eine Stimmung, dass man sich für das Land schämen musste, in dem man weiter leben wollte. Aber all das gab es seit Jahren, zum Teil seit Jahrzehnten. Aus schlechter Laune allein entsteht noch nichts Neues. Und die Herrschenden hatten die Unruhe immer wieder, auch in diplomatischen Absprachen und „Freikäufen“ durch den Westen unterdrückt.

Ich will gern zugeben, dass ich keine großen Erwartungen hatte, als ich am 9. September in Grünheide das Papier „Aufbruch 89 – Neues Forum“ mit unterzeichnete. Die anderen 29 Unterzeichnenden dachten auch nicht anders. Das kann man daran erkennen, dass wir uns am Ende zu einem nächsten Treffen für Anfang Dezember verabredeten, um weitere Schritten zur „Begleitung“ der Vorbereitungen des anstehenden Parteitags der SED zu beraten. Unsere Idee, dass die verbreitete Unzufriedenheit ein öffentliches, nicht konspiratives Forum finden müsste, war ja nicht so neu. Es gab Ähnliches in den angrenzenden Ostblockländern. In Polen hatte sich der politische Widerstand als Gewerkschaft formiert, Betriebe besetzt und bestreikt und erfolgreich politische Zugeständnisse erkämpft. Aber diesen klassischen Weg der Befreiung unter einer zentralen Führung hielten die meisten unter uns in der DDR aus verschiedenen Gründen für aussichtslos. Die Mehrheit hielt damals wohl andere Wege der Mobilisierung der Bürger für aussichtsreicher. Unsere Idee war es daher, einen DDR-weit agierenden politischen Verein zu gründen und seine offizielle Anerkennung zu beantragen, in dem jeder interessierte Bürger ein Forum hätte, in dem die politischen Probleme kontrovers diskutiert werden und nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden konnte. Der Erstaufruf von Gründheide benennt als Kern eines zu erarbeitenden politischen Programms eine Reihe von sehr grundsätzlichen politischen Zielen und grenzt sie von bestehenden Missständen ab. Die

Vorstellung, in dieser Weise offiziell politisch tätig zu werden, war in den Jahren zuvor in kleinen Kreisen oft diskutiert worden, sogar über die Gründung einer sozialdemokratischen Partei war an vielen Stellen diskutiert worden, aber zu offenen, mit Namen und Adresse eingereichten Zulassungsanträgen in Berlin und in (fast) allen Bezirken der DDR entschloss sich erst die Gründergruppe des „Neuen Forum“. Sie erhielt für ihre zunächst illusionär erscheinende Absicht eine klare Quittung: Der Antrag wurde nicht zur Behandlung angenommen, und dem „Neuen Forum“ wurde vom Innenministerium und vom Stasi-Minister Mielke bestätigt, dass sie eine verfassungsfeindliche Plattform sei, deren Vorhaben in der DDR nicht zugelassen würden und zu unterbinden wären.

Es ist nun höchst merkwürdig, dass der Antrag der Gründergruppe „Neues Forum“ unter Drohungen abgeschmettert wurde, dass diese Drohungen aber nicht wirkten. Als Antwort bildeten sich in spontaner Selbstorganisation überall im Lande Kerngruppen des geplanten Vereins und begannen politisch aktiv zu werden. Zunächst verbreitete sich der Aufruf, den die Erstunterzeichner nach dem Prinzip von Kettenbriefen weiter gaben. Die Westmedien hatten zwar über die Gründung berichtet, aber ein mehrseitiger Aufbruchstext konnte nur innerhalb des Landes verbreitet werden. Und es fanden sich an vielen Orten Ansprechpartner, die sich mit Namen und Adresse bekannt machten, zu Zusammenkünften einluden und für die Verbreitung der Idee und des Gründungspapiers sorgten, was damals erhebliche Schwierigkeiten bereitete. Viele haben den Aufruf mit der Hand oder der Schreibmaschine vervielfältigt. Andere benutzten unter der ironischen Kennzeichnung „Nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“ die Ormigwalzen der Kirche und wieder andere sogar heimlich diejenigen öffentlicher Institutionen, die über Kopiergeräte verfügten, deren Benutzung allerdings streng genehmigungspflichtig war, also illegal erfolgen musste. Jeder von uns hat das blass bedruckte Papier mit den ersten Texten und den Unterschriftenlisten in den Händen gehalten und unterzeichnet.

Als nächster Schritt wurde zu öffentlichen Versammlungen aufgerufen. Dafür konnte vor allem in einigen größeren Städten die traditionellen Andachten benutzt werden, zum Beispiel in Leipzig, mit seiner für spontanes Zusammengehen günstigen Geographie des zentralen Rings, in dessen Nähe sich mehrere große Kirchen befinden, in der Menschen zum guten Teil vom Kopfbahnhof ankommend sich sammeln und nach der Andacht zum Schweigemarsch formieren konnten. Der Redner verabschiedete die Andächtigen mit der Ermahnung, sich nicht zu Gewalttaten hinreißen zu lassen und solche der Behörden möglichst nicht zu provozieren. Dann gingen die Menschen mit einem beklommenen Vorgefühl auf den Ring und wurden von der Polizei und den als Zivilisten gekleideten Einheiten des MfS empfangen, bedrängt, verjagt und „zugeführt“.

Von den frühen Demonstrationen dieser Wochen und auch sporadischen Ereignissen der Jahre zuvor gibt es nur wenige Bild- oder Filmdokumente. Sympathisanten machten keine Aufnahmen, um nicht in Stasi-Verdacht zu geraten, aber auch die Geheimpolizei wollte sich nicht enttarnen. Die Sorge der Demonstrierenden, erkannt und zur Rechenschaft gezogen zu werden, war ausgeprägt. So waren die ersten Demonstrationen meist Schweigemärsche, die sich nur gelegentlich zu einem Sprechchor formierten. Spruchbänder wurden sofort von den anwesenden Bütteln in Zivil weggerissen und zerstört.

In großen Orten wie Leipzig oder Berlin war ein anonymes Auftreten möglich, und die Teilnehmer konnten oft unerkannt verschwinden. In kleineren Orten bedurfte es noch weit größerer Courage. Man musste sich zur Kenntlichkeit „outen“, wenn man zu einer Versammlung aufrief. Es gibt einen interessanten Bericht aus Arnstadt in Thüringen, wo ein

junger Mann in der Nacht einige Anschläge an Laternenpfählen und Bäumen anbrachte, mit denen er zu einer Demonstration am nächsten Samstag auf dem Marktplatz aufrief.

Selbstverständlich waren alle Zettel am nächsten Morgen verschwunden. Trotzdem kamen zum angegebenen Zeitpunkt an die Hundert Menschen auf den Platz, beäugten sich unsicher, fassten sich schließlich ein Herz und verabredeten sich flüsternd zu einer weiteren Zusammenkunft in einem privaten Raum. So entstand dort eine Bürgerbewegung. Dieses Erinnerungsbild einer noch ängstlichen Menge, die aber doch schon zum öffentlichen Auftreten entschlossen ist, zeigt eindrucksvoll den Prozess der Selbstermutigung, die jeder durchgemacht hat, der sich damals zu öffentlicher Einmischung in eigener Sache entschlossen hatte.

Die Selbstbefreiung und Selbstermutigung zur politischen Einmischung mündete an vielen Orten in Mahnwachen, in große Demonstrationen und republikweite Lichterketten. Bei solchen Ereignissen wurde den Menschen klar, welche Macht sie darstellten und welchen Druck sie auf die herrschende Dienstklasse ausüben konnten. Deren Mitglieder waren auf detaillierte Befehle von oben verpflichtet. Aber angesichts der täglich neu von überall her einstürmenden Berichte mit den immer neuen politischen Protesten und Forderungen konnte das zentralisierte Herrschaftssystem grade in der Region, weit entfernt von der Hauptstadt, nicht mit Anordnungen reagieren und fiel in völlige Lähmung.

Die Bürgerbewegung organisierte sich zielbewusst ohne eine zentrale Führung, ohne eine von einer „Avantgarde“ zentral vorgegebene Programmatik. So etwas konnte es auch gar nicht geben, weil jede zentral und autoritär geführte Gruppe sofort als „Rädelsführer“ aus dem Verkehr gezogen worden wäre. Ohne eine zentralistische Organisation also hat die Bürgerbewegung des Herbstes 1989/90 mit Nachdruck und Ausdauer, teils sofort und teils gegen zähen hinhaltenden Widerstand der Behörden, ein politisches Programm durchgesetzt, das zu Teilen von allen Initiativgruppen einhellig getragen wurde und zu anderen Teilen aus jeweils regional drängenden politischen Forderungen bestand. Der global getragene Teil umfasste die Grundrechte Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit, Gewerbefreiheit, freie Wahlen und die Abschaffung des Machtmonopols einer Partei, die Auflösung des Bezirkssystems, das die historischen Länder zerschnitt, die Streichung der politischen Strafparagraphen, die Zurückdrängung der Militarisierung der Gesellschaft, die Schließung der Staatssicherheit und die Offenlegung ihrer Akten, das Klagerecht gegen Behörden, die Beendigung der schlimmsten Umweltskandale, die Abschaffung der zentralistischen Kommandowirtschaft und des Ausverkaufs des Volksvermögens durch die Staatsmafia. Im kommunalen Rahmen ging es um Probleme mit örtlicher Dringlichkeit: zum Beispiel gegen die Macht der Parteileitungen und der Stasidienststellen, oder gegen Missstände wie Sperrung großer Gebiete für NVA oder die Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, mit der Verseuchung von Wäldern, quälenden Überschallflugbetrieb, gegen die Übereignung großer Wald- und Seengebiete and Regierung und Staatssicherheit, um die Beendigung der Menschenjagd und des Absperr- und Selbstschussregimes an der Staatsgrenze, um die Auflösung von riesigen Übungsgebieten und Waffenlagern, um die Rettung der Stadtkerne vor Verfall und Abriss, um Maßnahmen gegen die Verpestung der Luft und der Flüsse durch veraltete Industrie- und Kraftwerksanlagen, gegen den Smog in den Großstadtzentren, gegen die umweltschädliche Intensivlandwirtschaft, gegen den Uranbergbau, gegen die Sperrung von Erholungsgebieten an der Ostsee – und vieles andere mehr. In vielen Orten übernahmen die Einwohner die Verantwortung für die Gestaltung der kommunalen Belange und setzten die unfähige Administration entweder ab oder setzten Bürgergruppen ein, die die Verwaltungsorgane vorluden und auf bestimmte

Reformen verpflichteten. All dies endete keineswegs mit der Öffnung der Mauer am 9. November, sondern setzte sich vielerorts bis zur Auflösung der DDR am 3. Oktober 1990 fort.

Diese Liste könnte noch länger werden. Sie zeigt, dass es sowohl ein gesamtstaatlich wirksames, als auch ein vielfältiges regionales und kommunales politisches Programm gegeben hat, das auch energisch verfolgt wurde. Die lange Liste habe ich hier angeführt zur Entkräftung des verbreiteten Vorwurfs, dass die Bürgerbewegung kein politisches Programm entwickelt habe und deshalb 1990 zu Recht „enteignet“ wurde. Es trifft zu, dass wir uns damals nicht um die Einrichtung eines neuen Parteienstaates gekümmert haben. Angesichts der Erfahrungen mit 40 Jahren Parteimachtmonopol und angehängtem Blockflötenschmuck ist das verständlich, und außerdem gab es ersichtlich Wichtigeres zu tun. Für die Neugestaltung des Landes nach dem Prinzip, dass Entscheidungen möglichst unten zu treffen sind, dort wo die größte Nähe zum Sachverhalt und zur Mitwirkung der Bürger besteht, für eine Gestaltung den erneuerten Kommunen über den Aufbau der Länder bis zu einem neuen föderalen Staat, dafür war einfach die Zeit zu kurz. Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches zum Beispiel ist ja auch gar nicht erst in die politische Diskussion gelassen worden. Aber auch in der Peripherie wurden die spontanen Aktionsformen sehr schnell wieder eingefangen. Es trifft zu, dass die Bürgerbewegung Fehler gemacht und durch Uneinigkeit und Verzettelung die Handlungsmacht aus den Händen gegeben hat. Aber diese Analyse ich heute nicht aufmachen.

Unter den Festrednern des Jahres 2009 ist es üblich geworden, das folgende Bild von der Geschichte der Ereignisse im letzten Jahr der DDR zu zeichnen: Dieses Staatsgebilde, so heißt es, ist wegen seiner ökonomischen Unfähigkeit gleichsam von selbst zerfallen, ist „implodiert“. Das Volk hat seinem Unmut durch Überklettern von Botschaftszäunen Luft gemacht und erst „Gorbi“ und dann „Helmut“ zu Hilfe gerufen. Die DDR-Machthaber verhaspelten sich und öffneten aus Versehen die Mauer. Die Großen, Kohl, Gentscher, Busch sen. usw., erkannten, was notwendig war und rissen in diesem Schlamassel entschlossen das Heft des Handelns an sich und handelten Gorbatschow die Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung ab. Den bürokratischen Teil des Ablaufs leisteten Schäuble und Krause mit dem Einigungsvertrag, und das Volk nahm am 3. Oktober jubelnd das Geschenk der Einheit entgegen.

Diese Darstellung übersieht, dass ohne den Bürgeraufstand in den Ländern des Ostblocks, zuerst in Polen und dann in individuell verschiedenen und unterschiedlich erfolgreichen Varianten in den anderen Ländern des Ostblocks und den einverleibten europäischen Republiken der Sowjetunion ebenso wie in der DDR - ohne den Aufbruch, bei dem die Bürger sich gegen ihre Machthaber auflehnten und in die Belange ihrer Gesellschaften energisch einmischten. Ohne dieses spontane Aufbegehren der Völker hätte es das historische Ende der Diktaturen und der politischen Großstrukturen im Ostblock niemals geben können. Es gibt in der Geschichte keine mechanischen Gesetze. Da implodiert nichts von selbst. Ohne den Bürgeraufstand hätte es noch lange dauern können: In China, Nordkorea, Kuba sind die Diktaturen noch heute nicht „implodiert“. Die Völker des europäischen Ostens haben ihre Befreiung selbst bewerkstelligt. Nicht die Großpolitiker dieser Welt. Für diese historische Darstellung sollten wir uns heute, zwanzig Jahre danach, energisch einsetzen. „In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft gestört“, so begann der Aufruf 1989. Und heute? Haben wir eine vernünftige Kommunikation zwischen dem Parteienstaat und der Gesellschaft? Haben wir eine sorgfältige Teilung der Gewalten als Voraussetzung für jede Demokratie? Wie kann es sein, dass Parteien sowohl die gesetzgebende wie die exekutive Macht beherrschen, dass im Parlament die Minister und Staatssekretäre ihre eigene Regierungsarbeit mehrheitlich kontrollieren und die Berufung in das kontrollbefugte

Verfassungsgericht mit undurchsichtigen Kungeleien aushandeln? Wie kann es sein, dass die einzige Entscheidung des Volkes alle vier Jahre die mit inhaltsleerem Getöse begleitete Wahl von Parteienlisten ist? Wie kann es sein, dass diejenigen, die das globale Finanzdisaster angerichtet haben, behaupten können, die Berufenen zu sein, die Krise für uns und mit unserem Geld als Vormund zu lösen, als Profis, die besser wissen, wo es lang geht, ohne dass das Volk auch nur ein einziges Mal zur Entscheidung befragt wird, die es selbst zu bezahlen hat? Wie kann es sein, dass Deutschland in 10000 Kilometer Entfernung einen Krieg führt, nun schon fast acht Jahre lang, und das Volk noch nicht ein einziges Mal gefragt worden ist, ob es einen solchen Krieg für gerechtfertigt hält?

Liebe Freundinnen und Freunde, wir werden jetzt einige Vorträge hören, die sich mit der Analyse des „Neuen Forum“ und dem Bürgeraufstand von 1989/90 befassen. Wir werden Zeitzeugen sehen und hören, literarische Zeugnisse, Foto- und Filmdokumente. Wir werden aber auch fröhlich zusammen sein und uns an eine große Zeit erinnern, in der wir uns zu gemeinsamem Handeln entschlossen haben und die Nische der Verdrossenheit und der frustrierenden Bevormundung verließen. Wann wird es ein weiteres Mal wie 1989 heißen: „Die Zeit ist reif?“